

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 2

Artikel: Die Aufgabe annehmen
Autor: Winkler, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340098>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Aufgabe annehmen

Von Ruedi Winkler

Ohne ein minimales Mass an Selbstvertrauen und Selbstachtung ist kein Individuum, keine Organisation und keine Bewegung lebensfähig. Wird eine bestimmte Schwelle unterschritten, so zerfällt die Kraft und die Leistungsfähigkeit.

Selbstachtung beruht vor allem auf dem Ausmass an Übereinstimmung zwischen den Ansprüchen an sein eigenes Verhalten und dem wirklichen Verhalten. Selbstvertrauen wird aufgebaut und genährt durch die Annahme und Bewältigung von Herausforderungen. Diese Zusammenhänge können weder einzelne noch Gruppierungen ungestraft vernachlässigen — auch die SP nicht.

Nicht alles einstecken

Nicht erst seit dem 7. Dezember 1983 versucht uns der politische Gegner Niederlagen beizubringen, die uns den Stolz abkaufen sollen. Aber am 7. Dezember hat er das Spiel in aller Öffentlichkeit so weit getrieben, dass wir — wollen wir die Achtung vor uns selbst nicht verlieren — ganz klar zu verstehen geben müssen, dass man so mit uns nicht umgehen kann.

Opposition kein Honiglecken

Der Schritt in die Opposition wird kein Honiglecken sein. Wir sind nicht sehr gut vorbereitet. Aber die Realitäten zwingen uns zum Abwägen: Entweder beteiligen wir uns am Bundesrat und nehmen einen für unsere Bewegung (lebens-)gefährlichen Verlust an Selbstachtung und Selbstvertrauen in Kauf oder wir tun den anforderungsreichen Schritt in die Opposition und zeigen damit, dass wir die Kraft und den Mut auf-

bringen, Grenzmarken zu setzen und bei deren Überschreiten die Konsequenzen zu ziehen. Es gibt aber noch weitere Gründe für einen solchen Schritt:

1. Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden, ist schwieriger geworden. Einmal hängt in einem hochindustrialisierten Staat sehr viel aneinander. Wird an einem Ort etwas bewegt, so gerät vieles ins Rutschen. Zweitens hält sich die Bereitschaft, allenfalls im Interesse des Ganzen auf etwas zu verzichten, in einer zunehmend anonymer werdenden Gesellschaft sehr in Grenzen. Drittens sind die Probleme zeitlich dringend, zum Teil sehr dringend. Zugleich aber bedingen sie Verhaltensänderungen und zum Teil von Grund auf neue Lösungen, um politisch innert kurzer Zeit spürbare Verhaltensänderungen — z.B. in der Art des sich Fortbewegens — zusammen mit dem Vorantreiben von neuen Lösungen — was ja immer auch das Ende von alten bedeutet — bewirken zu können, braucht es in einem Staat politische Bewegungen, die ihre Hauptkraft auf diese Veränderungen ausrichten.

2. Die Bürgerlichen haben die Gefahren für ihre Interessen rasch wahrgenommen — bereits Mitte der siebziger Jahre. Seither ist das gemeinsame «Wachstumsfeiern» im Dunstkreis des «Lebens auf Pump» — wie es der österreichische Notenbankpräsident ausdrückte — vorbei. Sparen — aber nicht bei der Energie, beim Strassenbau oder beim Militär, sondern bei den Löhnen, bei der Schule, bei den sozialen Institutionen. Sorge tragen — aber nicht zur Umwelt, zu den Wäldern, sondern zu den eige-

nen Privilegien, das ist der Tenor. Wo mehr Mitbestimmung, mehr gegenseitige Hilfe, mehr miteinander Teilen — z.B. die Arbeitszeit — am Platze wäre, da werden hierarchische Strukturen aufgebaut, da werden Interessen skrupellos durchgesetzt und die Angst zu Hilfe genommen. Kein Beobachter oder Beteiligter an der politischen Szene kann es übersehen: Die Bürgerlichen haben ihre politischen Konsequenzen aus dem «Trendbruch der siebziger Jahre», wie sie es nennen, rasch und entschieden gezogen. Sie haben der Musik, die zum Konkordanztanzen aufspielte, längst ihre eigenen Noten hingeschoben. Doch diese eignen sich nicht zum Partnertanz.

So sind die politischen Realitäten in unserem Lande. Wenn wir Sozialdemokraten die Bürgerlichen auf ihrem Marsch nach rechts begleiten, dann entsteht im politischen Spektrum ein Vakuum. Dieses wird durch jemanden gefüllt werden. Im guten Falle von Kräften, die die Aufgaben übernehmen würden, die wir erfüllen sollten. Im schlechten Falle von Kräften, die alles andere als unsere Anliegen vertreten würden.

Auch noch die Backe hinhalten?

Wenn wir am Parteitag vom 11./12. Februar die Herausforderung nicht annehmen, für das Linsengericht der Bundesratsbeteiligung auch noch die andere Backe hinhalten, dann könnte das ja unsere Sache sein. Aber was ist denn eigentlich mit unserem Anspruch, die Schwachen, jene ohne Lobby, die Ausgebeuteten zu vertreten, los? Um sie geht es doch. Und um die sterbenden Wälder, die verpestete Luft, die verstopften Strassen, unter denen wiederum vor allem und zuerst die ohnehin Benachteiligten zu leiden haben. Wir müssen doch einsehen, dass eine Arbeiterbewe-

gung, die sich alles gefallen lässt und sich nichts mehr zutraut, politisch nichts zu bestellen hat. Wenn wir uns jetzt politisch nicht so verhalten, dass wir den Freiraum und die Kraft gewinnen, unsere Lösungsvorschläge seriös zu erarbeiten und klar zu vertreten, dann nehmen wir unserer Bewegung die Regenerationskraft. Was aber schwerer wiegt: Ausgerechnet in einer schicksalsschweren Zeit würden wir die im Stich lassen, die wir zu vertreten hätten, ausgerechnet in dieser entscheidenden

Zeit würden wir darauf verzichten, uns aus dem immer stickiger werdenden Filz der «Politik der alten Männer», des nicht Sehen- und nicht Hören-Wollens zu lösen. Den sich zunehmend unbeweglicher, egoistischer und selbstherrlicher gebärdenden Vertretern der Macht in Wirtschaft und Politik muss im Interesse einer lebenswerten Schweiz eine unabhängige politische Kraft gegenübergestellt werden. Wir sollten uns dieser Aufgabe nicht entziehen.

Ist die SPS auf die Oppositionsrolle vorbereitet?

War die Wahlniederlage unvermeidlich?

Von Florian Schlegel

Es ist überhaupt keine Frage, dass die SP allen Grund hat, enttäuscht und verärgert zu sein. Die Nichtwahl der ausgewiesenen, überdurchschnittlich fähigen und keineswegs dem linken Flügel zuzurechnenden Lilian Uchtenhagen war eine schallende Ohrfeige. Die Machenschaften, die zu diesem Ergebnis geführt haben, gehören in die unterste Schublade eingereiht. Daran ist nichts zu deuteln.

Oskar Reck — ein unverdächtig Zeuge — hat die Fingerfertigkeit der parlamentarischen Puppenspieler als einmalig würdelos bezeichnet. Er schreibt weiter: «Der verdeckte Rufmord, der im einen Fall versucht, im andern vollzogen wurde, war für Beobachter der bundespolitischen Szene ein niederschmetterndes Erlebnis. Es gibt nichts, aber auch gar nichts zu beschönigen.»

Trotz allem darf man die Fehler nicht nur bei den andern suchen. Bei einer klugeren, mehr

auf Verhandlungen statt auf Druck ausgerichteten Regie hätte man Lilian Uchtenhagen nach meinem Dafürhalten durchbringen können. Das zwar gutgemeinte, aber übertriebene und allzu gewagte Vorgehen der Parteispitze hat sich ohne jeden Zweifel kontraproduktiv ausgewirkt. Ein sehr düsteres Kapitel ist für mich die Tatsache, dass zwei Pressegiganten auf dem Rücken der Bundesratskandidatin eine für Bundesratswahlen einmalige Kampagne inszenierten. Beiden war es wohl ziemlich gleichgültig, ob Lilian Uchtenhagen schliesslich gewählt würde. Entscheidend war vielmehr der «Verkaufsschlager» Uchtenhagen. Diese grossangelegte Pressekampagne und die daraus entstandenen weiteren Aktivitäten, die von der SP nicht mehr zu kontrollieren waren, haben sich auf das Parlament nochmals negativ ausgewirkt. Man fürchtete in den andern Fraktionen eine zu populäre SP-

Bundesrätin. Vor allem haben diese Kampagne und das zu hohe Mass an investiertem Prestige seitens der Parteispitze im Volk und in der SP Emotionen geweckt, die noch für lange Zeit Wunden hinterlassen.

Es ist mir klar, dass sich Bundesratswahlen nicht in der Dunkelkammer abspielen. Die Art und Weise aber, wie hier eine Person und deren Privatsphäre hemmungslos vermarktet wurden, geht nach meinem Geschmack entschieden zu weit. Die bittere Zeche der dadurch masslos angeheizten Stimmung hat nun die SP zu bezahlen.

Grund zum Aussteigen?

Ist die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen nun Grund genug zum Austritt aus dem Bundesrat? Ausser dieser personalen Entscheidung gibt es dafür keinen einzigen Grund mehr als vor dem 7. Dezember 1983. Dass das Regieren schwieriger geworden ist, dass die Verteilungskämpfe härter geworden sind, dass sich die parteipolitische Polarisierung verschärft hat und dass die Konkordanz unter allen diesen Vorzeichen brüchiger geworden ist, wissen wir schon seit geraumer Zeit. Und trotzdem hat die SPS die Regierungsbeteiligung erst 1979 letztmals ausdrücklich und eindeutig bejaht. Sie ist auch im Zusammenhang mit der Beratung des neuen Parteiprogramms im November 1982 am Parteitag in Lugano nicht wieder in Frage gestellt worden.

*Opposition:
Traumrolle oder Alptraum?*

Was erwartet uns denn in der Opposition? Ist das bei unseren staatsrechtlichen Strukturen, die mit keinem anderen Land vergleichbar sind, tatsächlich eine Traumrolle? Leider ist der Bericht der Geschäftsleitung, der am Parteitag die Diskus-